Drs.- Nr. 1039/2025-2030

Ratsfraktion Bielefeld
Altes Rathaus
Niederwall 25
33602 Bielefeld
Telefon: 0521-515080
E-Mail: die.linke@bielefeld.de
Internet: www.linksfraktion-bielefeld.de

An die
Vorsitzende des Sozial- und Gesundheitsausschusses
Angelika Beier

im Hause

Bielefeld, 02.04.2026

Anfrage für die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses

Sachstand zur Umsetzung inklusiver und barrierefreier Strukturen im Gesundheitswesen in Bielefeld

Sehr geehrte Frau Beier,

zur Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 14.04.2026 stellen wir folgende Anfrage:

Wie stellt sich der aktuelle Sachstand zur Umsetzung von Maßnahmen für ein inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen in Bielefeld dar, insbesondere im Hinblick auf Zuständigkeiten, Umsetzungsstand, Kooperationen mit weiteren Akteur:innen des Gesundheitswesens sowie bestehende Handlungsbedarfe – auch unter Berücksichtigung der besonderen Verantwortung der Stadt für eigene Einrichtungen?

Zusatzfragen:

Welche konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit und Inklusion im Gesundheitswesen wurden seit 2020 durch die Stadt Bielefeld umgesetzt, initiiert oder begleitet (z. B. im Gesundheitsamt, bei Beratungsangeboten, im Rahmen kommunaler Netzwerke mit Krankenhäusern, Arztpraxen und weiteren Leistungserbringer:innen)?

Welche weiteren Maßnahmen sind aktuell geplant oder in Vorbereitung – sowohl innerhalb der städtischen Zuständigkeit als auch in Zusammenarbeit mit externen Akteur:innen wie Krankenhäusern, niedergelassenen Ärzt:innen und Trägern –, und welche finanziellen, personellen oder organisatorischen Voraussetzungen bestehen hierfür bzw. fehlen aus Sicht der Verwaltung?

Begründung:

Die Stadt Bielefeld hat sich im Rahmen ihrer kommunalen Inklusionsplanung verpflichtet, Barrieren abzubauen und die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen sicherzustellen. Der Zugang zu Gesundheitsleistungen ist dabei von zentraler Bedeutung, da bestehende Barrieren – etwa baulicher, kommunikativer oder organisatorischer Art – die Inanspruchnahme medizinischer Versorgung erheblich erschweren können.

Mit dem im Dezember 2024 veröffentlichten Aktionsplan der Bundesregierung für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen sowie den landesweiten Zielen im Rahmen von „NRW inklusiv“ (2022) bestehen politische Zielsetzungen, die ausdrücklich auch die kommunale Ebene betreffen. Auch wenn zentrale Teile der gesundheitlichen Versorgung – insbesondere Arztpraxen und viele Krankenhäuser – nicht in kommunaler Trägerschaft liegen, kommt der Kommune eine wichtige Rolle bei der Koordination, Unterstützung und Vernetzung der Akteur:innen vor Ort zu.

Insbesondere die Stärkung niedrigschwelliger Angebote, die Verbesserung der Zugänglichkeit sowie der Aufbau tragfähiger Kooperationsstrukturen im Sozialraum sind Aufgaben, die wesentlich auf kommunaler Ebene organisiert werden. Vor diesem Hintergrund ist eine transparente Darstellung des aktuellen Umsetzungsstands sinnvoll, um bestehende Lücken zu identifizieren, Prioritäten zu setzen und den weiteren Handlungsbedarf – auch im Hinblick auf Ressourcen und Zuständigkeiten – einschätzen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Dirk Schmitz